2013 gab die Stadt Fragebögen an alle Ämter aus, um eine Schwachstellenanalyse zur Korruptionsvermeidung zu erstellen. Fotos: mt, xtl, Löhr

Ehrenkodex wird zum Bumerang

RICHTLINIE Selbstverpflichtung, Fragebogen, Schulung: Die Stadt hat viele Mittel gegen Korruption. Im Licht des Bestechungsskandals wirken die meisten nun absurd.

VON MICHA MATTHES, MZ

REGENSBURG. Nach den Enthüllungen im Bestechungsskandal erscheint vieles in einem neuen Licht. Besonders absurd wirkt ein Beschluss der Stadt: Die Richtlinie zur Korruptionsprävention. Sollte sich der Verdacht der Staatsanwaltschaft bestätigen, dann hätten die beiden Oberbürgermeister Joachim Wolbergs (SPD) und Hans Schaidinger (CSU) geradezu konträr zu den Grundsätzen gehandelt, die sie selbst für alle Mitarbeiter vorgegeben haben. Wolbergs hat die Richtlinie im April 2015 aufgefrischt. Er legt darin den Verwaltungsmitarbeitern und politischen Amtsträgern konkrete Anweisungen für eine unbestechliche Stadtführung ans Herz.

In Regensburg gibt es außerdem einen Antikorruptionsbeauftragten und einen Ombudsmann, an die sich Angestellte, Bürger und Unternehmen wenden können, wenn sie unkorrektes Verhalten beobachten. Beide werden auf Vorschlag des OB bestellt. Nach Einschätzung einer Expertin von Transparency International hat die Stadt nicht wenig zur Korruptionsprävention getan. Weil aber „ausgerechnet mehrere Verwaltungschefs maßgeblich in die Geschichte verwickelt sind“, hätten die Maßnahmen nicht gegriffen.

„Korruption schadet dem Ansehen der Stadt Regensburg, (...) führt zu hohen volkswirtschaftlichen Schäden” und ist „kein Kavaliersdelikt”: Fast schon skurril klingen manche Passagen vor dem Hintergrund der Verhaftungen von Joachim Wolbergs, dem Bauunternehmer Volker Tretzel sowie einem ehemaligen Geschäftsführer der Firma Bauteam Tretzel. Zusätzlich ermittelt die Staatsanwaltschaft auch gegen Wolbergs Amtsvorgänger Hans Schaidinger. Sie wirft beiden Bestechlichkeit im Zusammenhang mit der Vergabe des Nibelungenareals vor.

Ulrike Löhr von Transparency International

Jeder Stadtrat verpflichtet sich mit seiner Unterschrift dem Ehrenkodex.

Besonders heikle Bereiche

Laut Staatsanwaltschaft soll Wolbers bereits am Tag nach seiner Amtsübernahme die Verwaltung darüber informiert haben, dass die SPD eine neue Ausschreibung für die Vergabe des Nibelungenkasernenareals wolle; Hintergrund war laut den Ermittlern, dass die Firma Tretzel nicht als Gewinner aus der ersten Ausschreibung hervorgegangen war.

Auch die Richtlinie der Stadt beschäftigt sich mit dem Punkt Vergabe. „Als besonders korruptionsgefährdet hat sich der Bereich des Auftrags- und Vergabewesens herausgestellt“, heißt es da. Eine erhöhte Anfälligkeit ergebe sich aus regelmäßigen Außenkontakten und den dadurch entstehenden persönlichen Beziehungen zu Vertretern der Wirtschaft.

Die Staatsanwaltschaft geht dem Verdacht nach, dass Volker Tretzel Hans Schaidinger unter anderem im Januar 2014 einen Beratervertrag mit einem monatlichen Honorar von 20 000 Euro sowie die kostenlose Nutzung seiner Jacht in Aussicht gestellt haben soll. Schaidinger soll dieses Angebot im Mai 2014 angenommen und im Oktober die Beraterstelle angetreten haben. Zu Geschenken hat die Richtlinie ebenfalls etwas zu sagen. „Die Annahme von Belohnungen oder Geschenken ist verboten (...). Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung des aktiven Dienst- bzw. Arbeitsverhältnisses“, steht in dem Dokument, dessen erste Variante Schaidinger 2011 selbst vorgelegt hat.

Für die in die Affäre involvierten Bauunternehmen könnte unter Umständen noch folgender Punkt interessant werden: „Firmen, die in Korruptionshandlungen verstrickt sind, können von der Bewerbung um öffentliche Aufträge ausgeschlossen werden“, schreibt der Oberbürgermeister. Der Antikorruptionsbeauftragte soll mithilfe einer Liste der betroffene Firmen verhindern, dass diese sich weiter um öffentliche Aufträge bewerben können.

Die Stadträte sind in der Pflicht

Neben diesen Richtlinien gibt es regelmäßige Schulungen. Mit Fragebögen wird die Korruptionsgefahr in verschiedenen Bereichen analysiert. Außerdem verpflichtet sich jeder Stadtrat seit 2011 mit seiner Unterschrift zu einem „Ehrenkodex“. Kein Geld, keine Geschenke und „keine sonstigen unangemessenen Vorteile“ wollen die Stadträte zum Eigennutz annehmen, „wenn dadurch die objektive Amtsführung beeinträchtigt ist oder (...) der Eindruck der Befangenheit entstehen könnte“. Die Stadträte unterschreiben auch dafür, dass sie Informationen, die geheim zu halten sind, nicht an Dritte weitergeben und dass sie geschäftliche Beziehungen, die zu Interessenskollisionen bei der Wahrnehmung ihres Mandats führen könnten, dem OB offenlegen.

Nicht alle Kommunen haben solche Richtlinien – zumindest nicht in dieser Breite. „Regensburg hat offenbar ein umfassendes Spektrum, das allerdings leider nicht gegriffen hat“, sagt Ulrike Löhr von Transparency International. „Der Fisch beginnt, vom Kopf her zu stinken.“ Wenn sich niemand daran halte, nutze eine Richtlinie nichts. „Seien wir doch mal menschlich: Wer geht denn tatsächlich und verpetzt seinen Chef? Da haben viele Mitarbeiter zu viel Angst“, sagt Löhr. Es gebe keinen richtigen Schutz für Whistleblower. „Wer im öffentlichen Dienst etwas erfährt, muss seine Klappe halten.“

Der Leiter des Amtes für Organisation und Personalentwicklung, Verwaltungsdirektor Thomas Fischer, ist seit 1. Mai 2015 Antikorruptionsbeauftragter der Stadt. „Es gab seither weder an mich persönlich noch an den Ombudsmann oder allgemein Hinweise auf Korruption“, sagt Fischer. Natürlich habe er auch die Akten seines Vorgängers gesichtet. Doch auch da habe es nur Hinweise zu „Nichtigkeiten“ gegeben – „ nichts in Bezug auf die Nibelungenkaserne oder allgemein zur Vergabe von größeren Baugrundstücken.“

KORRUPTION

› **Korruption ist nach Definition** von Transparency International (TI) der Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Vorteil. Dazu gehören Bestechung und Bestechlichkeit im Geschäftsverkehr wie Käuflichkeit von Politikern.

› **Die UN erklärten 2003** den 9. Dezember zum Anti-Korruptionstag. Die korruptesten Staaten sind laut TI-Index Somalia, Nordkorea und Afghanistan. Am geringsten ist das Problem in Dänemark, Neuseeland und Finnland. Deutschland liegt auf Rang 12 von 175.